

# Zentralorgan

des

## Verbandes der Hausangestellten Deutschlands

Für Mitglieder kostenlos.  
Für Nichtmitglieder vierteljährl. 2,50 Mk. exkl.  
Zu beziehen durch die Post.

September 1921

Verlag und Expedition:  
Luise Käbter, Berlin SO. 16, Engelauer 31.  
Redaktionschluss am 18. j. M.

Redaktion: Wilhelmine Käbter, Berlin-Steglitz, Eilencronstraße 18 III.

### Herz und Hirn.

Aus dem Grollen und dem Stürmen  
Deiner Zeit mit ihrem Braus  
Mußt Du unbeirrt Dir fürmen  
Deiner Zukunft wohllich Haus!

Nicht Gedanken sind's alleine,  
Die Du formst im Kampfgerühl:  
Besten Baugrund, beste Steine  
Gibt Dir stets nur das Gefühl!

Wachsen soll der Mensch von innen!  
Alles Außenwerk beschwerlich  
Und die echten Kräfte rinnen  
Nur aus tiefstem eignen Wert!

Mit dem Herzen mußt Du's wollen,  
Mit dem Hirn nicht bloß allein:  
Und die reichen zukunftsreichen  
Menschheitsernten werden Dein!

### Eine verfehlte Steuerpolitik.

Nachdem der zur Vorberatung der Magistratsvorlage eingesetzte Ausschuss die vom Oberpräsidium verlangten Abänderungen abgelehnt hat, dürfte bis auf weiteres die sogenannte Hausangestelltensteuer gefallen sein. Trotzdem ist es notwendig, noch einmal darauf einzugehen, nachdem das Fachblatt des Berufsverbandes der katholischen weiblichen Hausangestellten Deutschlands in einem Artikel in der Doppelnummer 7/8 mit dem gleichen Titel, aber ohne Fragezeichen eine Behauptung aufstellt, die durchaus nicht zutrifft. Es heißt da:

Auch der sozialdemokratische Zentralverband der Hausangestellten tritt natürlich begeistert für die Hausangestelltensteuer ein. Warum? Nun, weil die zu erwartenden Entlassungen dem sozialdemokratischen Ideal des „Einküchenhauses“, den „kommunalen Speiseanstalten“ und ähnlichen „rosigen Träumereien“ die Wege ebnen. Um so rascher ist dann die Familie, und zwar handelt es sich vor allem um die christliche Familie — zerstört.

Zuerst sei einmal festgestellt, daß wir durchaus nicht begeistert für die Hausangestelltensteuer eingetreten sind; dazu lag gar keine Veranlassung vor. Wir sehen aber ebensowenig die Notwendigkeit ein, uns voller Empörung dagegen zu wenden. Entlassungen erwarten wir nicht, denn die Tatsache, daß immer noch Mangel an Hauspersonal vorhanden ist, bestätigt unsere Ansicht, wonach eine Belastung der schon vorhandenen Arbeitslosigkeit nicht zu befürchten ist. Es wird doch überall darauf hingearbeitet, die weiblichen Arbeitslosen aus anderen Berufen in die Hauswirtschaft hinüberzuleiten. In verschiedenen Städten sollten zu dem Zweck sogar die Mittel der Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen werden, um eine hauswirtschaftliche Ausbildung zu ermöglichen; einige Städte haben dies getan. Da wir aber nun Entlassungen nicht erwarten, fallen alle daran geknüpften lieblichen Erörterungen fort. Die Zerstörung der Familie, und nicht nur der christlichen Familie, besorgen die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse. Daß die durch Erwerb bedingte Abwesenheit der Hausfrau und Mutter in den Arbeiterkreisen, die bekanntlich keine Hausangestellten beschäftigen können, viel zerstörender wirkt, scheint das christliche Blatt nicht zu wissen. Dieser Vorwurf trifft uns also nicht. Auf das Problem der Einküchenhäuser und kommunalen Speiseanstalten näher einzugehen, ist in diesem Artikel nicht möglich; daß der-

gleichen zurzeit leider undurchführbare Einrichtungen aber für weite Kreise segensreich wirken würden, bekennen wir gern, denn vielen Arbeiterinnen wären diese eine willkommene Entlastung.

Weiter heißt es dann in demselben Blatt:

Die Hausangestellten werden entlassen, man behilft sich mehr und mehr mit Tages- und Stundenarbeiterinnen. Wenn es so weitergeht, sinkt einer unserer natürlichsten und wertvollsten Frauen-Erwerbsberufe herab zu einem Berufsstand — wenn man so überhaupt noch sagen kann — der Tage- und Stundenlöhnerinnen.

In dieser Geringschätzung der Tage- und Stundenlöhnerinnen liegt eine besondere christliche Liebe. Vor Gott sind alle Menschen gleich, nicht aber vor dem katholischen Berufsverband der Hausangestellten. Kollegen und Kolleginnen, merkt es euch!

Auf einige andere Gründe, die gegen die Steuer angeführt werden, sei bei dieser Gelegenheit auch gleich hingewiesen. Man hebt immer stark hervor, daß es so vielen Familien nicht mehr möglich ist, Hauspersonal zu beschäftigen, und empfindet dies als Ungerechtigkeit. In der „Kölnischen Volkszeitung“ liest man:

Die Sozialdemokraten schreien immer nach einem menschenwürdigen Menschenlos für alle Staatsbürger. Ist das ein menschenwürdiges Dasein, das so manche für ganz andere Verhältnisse erzeugene Frauen in die nimmer rastende Treitmühle der Alltagsarbeit spannt?

Man möchte lachen, wenn es nicht so ernst wäre. Wir fragen, ob das ein menschenwürdiges Dasein ist, was eine ganze Reihe von Arbeitern und Arbeiterinnen und vor allen Dingen ein Teil unserer Hausangestellten führt? Es gäbe schon längst ein menschenwürdiges Dasein für alle Volksgenossen, wenn wir nicht so eigennützig Menschen im Lande hätten, die von ihren geraubten Vorrechten auch nicht eins missen wollen. Gleiche Rechte und Pflichten aber sind Voraussetzung für das Ziel, allen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Wie wenig man aber in den bevorrechteten Kreisen daran denkt, gleiche Rechte zu gewähren, beweist der oben angeführte Satz aus dem Artikel der „Kölnischen Volkszeitung“ und auch die Ausführungen der früheren Stadtverordneten von Berlin Frau Dr. Anna Meyer. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ schreibt Frau Dr. Meyer unter anderem:

„Weil eine Arbeiterfrau mit vier Kindern sich keinen Hausangestellten leisten kann, deshalb wird es als — man kann bei der Höhe der Steuern wohl sagen strafwürdiger — Luxus angesehen, wenn eine Familie des Mittelstandes mit vier und mehr kleinen Kindern sich zwei

bis drei Hausangestellte hält. Und doch wird in der Regel die Frau des Mittelstandes mit vier Kindern, die sich ein bis zwei Hausangestellte hält, ebensoviel im Haushalt zu tun haben, wie die Frau des Arbeiters mit vier Kindern ohne Hausangestellte, weil eben das Maß der Arbeit, das in beiden Haushalten zu leisten ist, ein ganz verschiedenes ist. Es ist ein Unterschied, ob man eine Siebenzimmerwohnung oder gar ein Einfamilienhaus — ein Wechsel in der Wohnung ist in der heutigen Zeit so gut wie ausgeschlossen — instandzuhalten hat, oder nur eine Zweijammerwohnung. Es ist von wesentlicher Bedeutung für die Arbeit der Hausfrau, ob der Mann Lehrer oder Beamter ist, an dessen Kleidung und Wäsche erhebliche Anforderungen gestellt werden, oder ob der Mann in der Fabrik oder auf der Straße in einfacher Arbeitsbluse seiner Beschäftigung nachgeht. So sind durch die Wohn-, Arbeits- und Lebensverhältnisse zahlreiche Unterschiede geschaffen, die nicht beseitigt werden können und deren Nichtberücksichtigung daher als große Härte und außerordentliche Kurzsichtigkeit angesehen werden muß. Denn der Mittelstand ist nun einmal der wesentlichste Kulturträger und kämpft jetzt schon schwer genug, um auch nur einigermaßen das frühere Kultur-niveau aufrecht zu erhalten. Dazu gehört aber in erster Linie Ordnung, Sauberkeit im Hause und eine gute Kinderpflege — Dinge, die ohne Hausangestellte in diesen Familien nicht zu erreichen sind. Die neue steuerliche Belastung wird zu Entlassungen von Hausangestellten gerade in den kinderreichen Familien führen und damit erhebliche kulturelle und wirtschaftliche Schädigungen des Mittelstandes wie auch der Hausangestellten zur Folge haben.“

Hier ist klar und deutlich gesagt, daß man in den Kreisen gar nicht daran denkt, die arbeitende Bevölkerung in ihrer Lebenshaltung zu heben, sondern daß man es durchaus in der Ordnung findet, selber bevorrechtet zu sein und mit Nägeln und Zähnen um seine Vorrechte kämpft. Wir brauchen wohl nicht darauf hinzuweisen, daß es schon schreiendes Unrecht ist, wenn man es für richtig hält, daß Arbeiterfamilien sich mit vier und mehr Kindern in eine Zweijammerwohnung einpacken müssen, während man für den sogenannten Mittelstand eine Siebenzimmerwohnung für notwendig hält. Daß sieben Zimmer mehr Arbeit machen als zwei, sei zugegeben. Die Arbeit wird aber sofort verringert, wenn man sich bei dem jetzigen Wohnungsmangel zu der löblichen Maßnahme entschließt, einige Zimmer abzugeben. Ein Verändern durch Umzug ist allerdings jetzt sehr schwer, und ein Teilen der Wohnung gehört nicht immer zu den Annehmlichkeiten; aber weite Kreise der Bevölkerung müssen in der jetzigen Zeit dergleichen über sich ergehen lassen. Wenn Frau Dr. Mayer nun aber den Mittelstand so hoch als Kulturträger bewertet, ist wohl die Frage berechtigt, ob Ordnung, Sauberkeit im Hause und eine gute Kinderpflege nur da notwendig sind, wo man zur Bewältigung dieser Notwendigkeit in der glücklichen Lage ist, ein oder zwei Hausangestellte zu beschäftigen. Es ist ein wertvolles Eingeständnis, daß diese Dinge in den Familien ohne Hausangestellten nicht zu erreichen sind. Die Arbeiterschaft ist die weitaus größte Bevölkerungsschicht, und darum müssen kulturelle und wirtschaftliche Schädigungen von ihr erst recht abgewendet werden. Gerade die Arbeiter sind durch die augenblicklichen wirtschaftlichen Verhältnisse schon wieder in eine Lage geraten, die nicht mehr lange erträglich ist. Auf die Instandsetzung von Wäsche und Kleidern näher einzugehen, erübrigt sich wohl, denn ob ich für einen Beamten oder für einen Arbeiter etwas herrichte, bleibt sich gleich, es muß immer ordentlich gemacht werden. Selbst wenn der Arbeiter in einfacher Arbeitsbluse zur Fabrik geht, was keineswegs mehr geschieht, so muß auf diese Sachen ebensoviel Zeit und Sorgfalt verwendet werden. Das könnte den „Herrschaften“, die namentlich in Wahlzeiten vor Arbeiterfreundlichkeit trüben, so passen, daß man schon von weitem den Proletariat erkennt, damit man in der Bahn und bei sonstigen Gelegenheiten recht weit abrücken kann.

Die Hausangestellten, die zur Arbeiterschaft gehören und die unfreieste und unterdrückteste Gruppe sind, haben alle Veranlassung, sich solche Herzensergüsse von Leuten zu merken, die zum Teil ihre Arbeitgeber sind. Den Kollegen und Kolleginnen aber sei an dieser Stelle noch einmal gesagt, daß wir nicht für die Steuer eintreten, aber auch nicht dagegen sein können, weil nach unserer Meinung die benötigten Geldmittel von den Besitzenden zu nehmen sind. Die Steuer wirkt nicht in dem Maße belastend, wie immer behauptet wird.

Am 16. Oktober werden die Hausangestellten Gelegenheit haben, zu zeigen, daß sie nicht gewillt sind, Leute ins Stadt-parlament zu schicken, die nur die Interessen der Besitzenden vertreten, sondern sie werden den Frauen und Männern ihre Stimmen geben, die alle aufzubringenden Lasten gerecht zu verteilen gewillt sind. Solange sich das gesamte Volk noch in besitzende und arbeitende Schichten teilt, haben wir keine Veranlassung, uns gegen

die höhere Belastung der Besitzenden zu wenden. Nicht „rosige Träumereien“ wünschen wir erfüllt zu sehen, sondern gleiche Rechte und Pflichten sollen für jeden Volksgenossen gewährleistet sein. Nur ein in diesem Sinne geleitetes Gemeinwesen wird auch den Hausangestellten ein menschenwürdiges Dasein schaffen. m.m.

## Die Hausangestellten in der Arbeitslosenversicherung.

Zu den Errungenschaften der neuen Zeit gehört auch die Erwerbslosenfürsorge. Durch eine Reihe von Verordnungen ist sie dahin geregelt, daß alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen, über 16 Jahre alten Personen, die sich durch gänzliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden, eine Fürsorge erhalten. Allerdings soll die Erwerbslosigkeit in einem gewissen Zusammenhang mit dem Kriege stehen, doch ist hier die Auslegung eine sehr weitherzige. Die Verordnungen unterscheiden nicht nach dem Beruf der Erwerbslosen, so daß auch die Hausangestellten anspruchsberechtigt sind. In Wirklichkeit haben auch schon zahlreiche Hausangestellte die Erwerbslosenfürsorge bekommen. Die Durchführung der Fürsorge ist den Gemeinden übertragen und jeder und jede Erwerbslose hat sich an diese zu wenden.

Diese Einrichtungen sollen einer Neugestaltung unterzogen und mehr in die Form einer Versicherung gebracht werden. Es sollen, und das ist die wesentlichste Änderung, Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst Beiträge zu der Fürsorge zahlen. Diese Umgestaltung wird damit begründet, daß Reich, Länder und Gemeinden nicht mehr genügend Mittel haben, um die Fürsorge „aus dem großen Topf“ durchführen zu können, und daß weiter auch Arbeitgeber und Arbeiter mehr an einer Verminderung der Arbeitslosigkeit interessiert werden, wenn sie selbst die Mittel für die Fürsorge aufbringen müssen. Unter normalen Zeiten müßte sich die Arbeiterschaft einer solchen Umgestaltung energisch widersetzen, da eine Staatsfürsorge, wie wir sie gegenwärtig haben, sozialpolitisch viel höher zu bewerten ist als eine „Versicherung“, zu der erst durch Beitragszahlung gewisse Anwartschaften erworben werden müssen. Wie aber die Dinge jetzt liegen, kann man sich vielleicht mit der Besteuerung von Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeiter einverstanden erklären, wenn abgesehen hiervon der Charakter der „Fürsorge“ stärker hervortritt als der der „Versicherung“.

Schon im vergangenen Jahr wurde der Entwurf einer Umgestaltung der Fürsorge in eine Arbeitslosenversicherung veröffentlicht. Er fand viel Anfeindung. Die Hausangestellten mußten sich besonders gegen ihn wenden, weil sie von der Versicherung vollkommen ausgeschlossen werden sollten. Der Entwurf wurde zurückgezogen und es sind inzwischen mehrere andere Entwürfe ausgearbeitet worden. Soviel wir in Erfahrung bringen, ist aber ständig bis zum Augenblick daran festgehalten worden, daß die Hausangestellten von der Arbeitslosenversicherung und damit von der Fürsorge überhaupt ausgeschlossen werden sollen.

In einer Besprechung von Sachverständigen, die kürzlich darüber stattfand, wurde zur Begründung ausgeführt, daß arbeits- und stellenlose Hausangestellte überhaupt nicht vorhanden wären, weil die Zahl der offenen Stellen viel größer sei als die der Arbeitsuchenden, und weil somit den Arbeitgebern für häusliche Beschäftigung und den Hausangestellten ganz unnötige Lasten aufgebürdet würden. Es sei kein Luxus, wenn eine Familie eine Hausangestellte beschäftige, deshalb müßten die Kosten so gering wie möglich gehalten werden.

Die Gründe sind nicht durchschlagend und es muß ihnen mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Wir sind der Meinung, daß die Hausangestellten ihre Eingliederung in die Arbeitslosenversicherung nachdrücklich fordern müssen. Die Frage darf nicht von kurzfristigen Erwägungen, sondern muß von einer höheren Warte aus betrachtet werden. Zunächst einmal zugegeben, daß stellenlose Hausangestellte infolge der sogenannten „Dienstbotennot“ nicht vorhanden sind. Woher kommt das aber? Weil eben schon bisher die Hausangestellten immer von allen sozialpolitischen Einrichtungen ausgeschlossen wurden und sie zu den Stiefkindern der Sozialpolitik gehören. Das Schiedsgerichtswesen, die Verkürzung der Arbeitszeit und manches andere ist an den Hausangestellten spurlos vorübergegangen. Gerade deshalb fehlt sich niemand nach der hauswirtschaftlichen

Arbeit und gerade deshalb suchen die jungen Mädchen lieber gewerbliche Beschäftigung auf, weil sie dort größeren Schutz, größere Freiheit und überhaupt größere Vorteile haben. Gerade weil keine stelltenlosen Hausangestellten vorhanden sind, müsste man alle sozialpolitischen Neuerungen, und damit auch die Arbeitslosenversicherung, auf die Hausangestellten ausdehnen, damit der Beruf eines solchen verlockender wird.

Die Sozialpolitik muß überhaupt eine Einheit sein, d. h. sie müßte alle Gruppen der Arbeitnehmerschaft gleichmäßig erfassen. Es ist falsch, bestimmte Berufsangehörige von dieser oder seiner Einrichtung auszuschließen, weil das nur künstliche Verschiebungen in der Berufswahl zeitigt. Auch rein menschlich betrachtet muß gefordert werden, daß jeder Arbeiter und jede Arbeiterin die gleichen Vergünstigungen, die gleiche Anteilnahme an der Lebensfreude haben muß. Weiter ist es auch ein Novum, etwas noch nicht Dagewesenes, daß man einer Arbeitnehmerschaft eine sozialpolitische Einrichtung, die sie schon hat (hier also die Erwerbslosenfürsorge der Hausangestellten), fortnimmt, ihr also raubt. In Wirklichkeit sind auch heute beschäftigungslose Hausangestellte nichts Seltenes. Häufig genug müssen Stützen, Aufwartefrauen usw. länger warten, bevor sie wieder neue Stellung bekommen. Sie müssen der karglichen Armenversorgung anheimfallen, wenn man sie von der Arbeitslosenfürsorge ausschließt.

Run könnte der Hinweis, daß bei Ausdehnung der Arbeitslosenversicherung auf die Hausangestellten diese dann auch Beiträge mitleisten müssen, manche „sparsamen“ Gemüter ängstlich stimmen. Gewiß werden dadurch die Lohnabzüge größer. Aber darauf kann und darf es nicht ankommen. Wie die gewerblichen Arbeiter das ertragen müssen und wie sie durch Lohnforderungen und Lohnbewegungen das wieder auszugleichen versuchen werden, so müssen das die Hausangestellten auch tun. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß Versicherungsbeiträge „Produktionsunkosten“ sind. Hier hätte also letzten Endes die Hauswirtschaft, die einen Hausangestellten beschäftigt, die Kosten zu tragen. Diese Hauswirtschaften und Familien können das aber, sie sind leistungsfähig und gehören nicht zu den Armen.

Wir wollen also eine Errungenschaft, die wir besitzen, nicht wieder verlieren; wir stellen kleinliche Erwägungen nicht über das Wohl des Ganzen, das oberste Richtschnur sein muß, und verlangen die Einbeziehung der Hausangestellten in die Arbeitslosenversicherung.

### Der 16. Oktober 1921.

Vorausichtlich sollen am 16. Oktober d. J. die Wahlen für die Stadtverordneten des „roten“ Berlin stattfinden. Die bürgerlichen Parteien haben mit ihrem Protest Erfolg gehabt, die über 20 Jahre alten Mitglieder und Bürgerinnen müssen wieder ausgerufen werden, und ihre Stimme soll bekunden, ob nicht doch die richtigen Vertreter im roten Hause gesehen haben.

Nur ein Jahr hat dieses Parlament getagt und so manches Gute hätte für die Gemeindebevölkerung Groß-Berlins geschaffen werden können — wenn auch unsere Stadtväter so im Golde hätten wählen können, wie es vor der Kriegszeit war. Die Vertreter der Arbeiterschaft sind nicht erst seit 1918 im Stadtparlament, sondern sie haben seit Jahrzehnten durch Laien bewiesen, wie wertvoll ihre Anwesenheit im roten Hause für die Arbeiterschaft war. Männer, die nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern in allen Kreisen der Bevölkerung einen guten Namen hatten.

Wir als Sozialdemokraten hören heute noch mit Stolz, wenn von Singer und anderen Männern, die uns nahestanden, gesprochen wird. Wir wissen deshalb auch, daß die, die in jüngster Zeit berufen waren, unsere Vertreter in Berlin zu sein, voll und ganz ihre Pflicht getan haben, und wir haben wahrlich keine Ursache, anderen Parteien unsere Stimme zu geben.

Die bürgerlichen Parteien werden natürlich mit aller Gehässigkeit, die sie gerade den Arbeiterparteien zollen, versuchen, das Gegenteil zu beweisen und werden es auch nicht unterlassen, sich an uns Hausangestellte heranzubringen. Die Freundlichkeit und Fürsorge der Damen wird wieder auf einige Wochen hervortreten und so manche Hausangestellte wird sich durch ein freundliches Lächeln, durch ein Theaterbillet oder gar durch einen freien Tag betören lassen. Hausangestellte, denkt immer daran, wie die Vorbereitungen zur Schaffung eines hausangestelltengesetzes waren, es sind Männer und Frauen von anderem Blute, die uns niemals verstehen werden und auch nicht verstehen wollen. Viele werden sich auch in Gestalt von Arbeiterinnenvertreterinnen an euch heranzumachen und für Parteien werden, die dann, wenn sie wirklich ins Parlament einziehen, sich den Teufel um uns Hausangestellten kümmern. Es wird noch viel, gerade vor dieser Wahl, zu sagen sein, darüber aber in der nächsten Nummer unserer Zeitung. Für heute soll unsere Parole nur die sein, daß unsere Mitglieder nicht nur selbst die Stimme einem Arbeitervertreter geben,

sondern auch mithelfen, daß alle ihre Kollegen und Kolleginnen in dem Sinne aufgeklärt werden. Ein Vorwärts kann es nur geben, wenn die sozialdemokratischen Arbeitervertreter und -vertreterinnen die Mehrzahl der Stimmen auf sich vereinigen. Deshalb ist es auch unsere Pflicht, alles daran zu setzen, damit die Arbeitervertreter wieder mit einer Mehrheit ins rote Haus einziehen. Luise Kähler.

### Konferenz in Bayern.

Am 24. Juli hielt unser Verband eine Bundeskonferenz für den Freistaat Bayern in Ingolstadt zur Reubelegung und Anregung der einzelnen Ortsgruppen ab. Hierzu waren aus fast allen größeren und mittleren Städten Bayerns Delegierte erschienen. Zum ersten Tagesordnungspunkt: „Das neue Hausangestelltengesetz und wie müssen sich unsere Ortsgruppen in den einzelnen Landesteilen dazu verhalten“, hatte Kollegin Kähler (Berlin) das Referat übernommen und behandelte in bereicherter und ausführlicher Weise den Vorentwurf dieses Gesetzes. Mit Recht sagte die Rednerin, daß der Vorentwurf den Charakter eines Hausangestellten-unrechts statt des Hausangestelltenrechts trage. Wir müssen unsere Gewerkschaften, Reichs- und Landtagsabgeordneten, sowie die sozialistischen Parteien dafür gewinnen, daß dieselben mit allem Nachdruck den vom Reichsarbeitsministerium vorgelegten Entwurf bekämpfen und im Parlament ablehnen. Dagegen muß versucht werden, daß die vom Zentralverband der Hausangestellten gemachten Vorschläge Gesetz werden, denn dann gibt es nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte für unsere jetzt vielfach ausgebeuteten Kolleginnen. In dem Gesetz muß unbedingt verankert werden, daß die Arbeitszeit nicht länger als zehn Stunden, für Jugendliche nur acht Stunden betragen darf. Die Schulzeit für Fortbildungspflichtige darf nicht auf die gesetzliche Arbeitszeit angerechnet werden. Des weiteren muß das Gesetz die Ferienfrage, die Regelung des Arbeitsverdienstes, möglichst Wochenlohn, die Kündigungsfrist, die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsgerichte, die Aufsicht (Gewerbeaufsicht) enthalten. In der an diesen Vortrag anschließenden Aussprache beteiligten sich die Kolleginnen Grünberg (München), Seher (München), die Kollegen Reumeyer (Ludwigshafen), Wirsing (Würzburg), Schiefer (München) und Dennstädt (Ingolstadt). Von sämtlichen Rednern wurde der Wunsch ausgesprochen, daß das Gesetz so bald wie möglich in Kraft trete und zwar so, wie die Vorschläge dazu lauten. Die Entschließung, die auf den anderen Konferenzen angenommen, kam auch hier einstimmig zur Annahme und wurde dem bayerischen Arbeitsminister überandt.

Ueber „Tarifverträge“ sprach ebenfalls Kollegin Kähler (Berlin) und machte die Mitteilung, daß in Bayreuth, Lindau, Landsbut, Hof, München, Nürnberg, Rothenburg o. L., Schweinfurt, Würzburg, außerdem in über 40 anderen deutschen Städten Tarife zum Abschluß gekommen seien und empfahl, den vom Hauptvorstand ausgearbeiteten Entwurf bei Abschlüssen von Tarifen zugrunde zu legen. Die Kollegin Grünberg (München) und Kollege Weiß (Martretzhof) gaben hierzu praktische Vorschläge.

Beim letzten Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ beschäftigte man sich in der Hauptsache mit agitatorischen und organisatorischen Fragen zwecks Weiterentwicklung unseres Verbandes. Mit einem Schlußwort der Kollegin Kähler, in dem die Vertreter aufgefordert wurden, tatkräftig für unsere Organisation einzutreten und neue Mitglieder zu gewinnen, wurde die von der Kollegin Carl (Ingolstadt) geleitete Konferenz geschlossen.

### Eine Errungenschaft unserer Putzfrauen in den Banken.

Mit Nachstehendem veröffentlichen wir den am 11. August d. J. vor dem Schlichtungsausschuß München Stadt gefällten Schiedsspruch und möchten damit gleichzeitig die gute Organisation dieser Frauen als leuchtendes Beispiel hinstellen.

#### Schiedsspruch.

1. Mit Wirkung von der laufenden Wohnwoche wird der Stundenlohn für die Putzfrauen auf 3,20 Mk. festgesetzt.
2. Zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches wird eine Frist bis zum 21. August 1921 bestimmt; Nichtabgabe einer Erklärung gilt als Ablehnung.

#### Begründung.

Die Mehrheit des Schlichtungsausschusses hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die erhobene Forderung nicht unberechtigt sei in Anbetracht der inzwischen eingetretenen Teuerung, der kurzen, ungleichmäßigen und ungünstig gelegenen Arbeitszeit der Putzfrauen sowie angesichts der Tatsache, daß eine erhebliche Belastung der in Frage kommenden, überdies in wirtschaftlich glänzender Lage befindlichen Arbeitgeber nicht entsteht.

Unsere Putzfrauen hatten bisher einen Stundenlohn von 2,60 Mk., von welchem die gesetzlichen Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung in Abzug kamen, wodurch sich das Einkommen auf 2,40 Mk. pro Stunde ermäßigte. Unsere Forderung lautete auf 3,20 Mk., was, wie bereits oben erwähnt, auch glatt bewilligt wurde. Wir sind nun sehr gespannt, ob die Banken sich diesem Schiedsspruch unterwerfen; aber wenn auch nicht, können wir uns darauf verlassen, daß wir, gestützt auf die Geschlossenheit unserer Frauen, auch zu weiteren Kampfmitteln greifen können.

## Mitteilungen des Zentralvorstandes

Das Zentralbüro führt jetzt die Nummer 31 statt 21.

Den Ortsgruppen zur Kenntnis, daß in dieser Rubrik alle Nummern des Vormonat zur Berichtigung gelangten Rundschreiben mit Angabe des Berichtigungstages veröffentlicht werden, damit die Rundschreiben, die bei der Post verloren gehen, nachgefordert werden können. Das Rundschreiben Nr. 37 ist am 1. Juli, Nr. 38 am 7. Juli, Nr. 39 am 8. August den Ortsgruppen zugesandt worden. Der Verbandsvorstand.

## Aus unseren Ortsgruppen

**Kolleginnen! Führt dem Verband neue Mitglieder zu!**

**Breslau.** Im August fanden fünf Hausmeisterversammlungen in den verschiedenen Stadtteilen statt, die alle ganz gut besucht waren. Kollegin Kunert sprach über die Lohnverhältnisse in der Hausmeisterbewegung und erläuterte jeden Punkt sehr eingehend. Die Aussprache war in allen Versammlungen sehr lebhaft. Außer dem vorgenannten Thema wurde in einer Versammlung die Arbeitslosenfürsorge und in einer anderen das Frauenwahlrecht von Kollegin Kunert behandelt. Während dieser Zeit tagten auch zwei Versammlungen für die Hausangestellten im Gewerkschaftshaus. Der Besuch war trotz der ungünstigen Witterung befriedigend. Behandelt wurde das neue Hausangestelltengesetz und die Breslauer Hausangestelltenordnung. Für die Sektion der Bedienungsfrauen in Büros und Banken sind wiederum Forderungen eingereicht worden, um den Stundenlohn von 2,50 Mk. auf 3,50 Mk. zu erhöhen. Die Antwort steht noch aus. Den Scheuerfrauen auf Bauten ist dieser Stundenlohn von 3,50 Mk. bereits am 21. Juli bewilligt worden. Am 17. Juli d. J. fand im Gewerkschaftshaus, großer und kleiner Saal und Garten, das 15. Stiftungsfest der Hausangestellten statt. Durch Gesänge und Vorträge der Arbeiterjugend und durch die rege Teilnahme sämtlicher Mitglieder an diesem Feste, geriet alles in beste Stimmung. **Elfriede Profot.**

**Chemnitz.** Auf eine Einladung hin beehrte uns die Arbeiterjugend Chemnitz-Schloß am 9. August in unserem Versammlungssaal mit einem Besuch und hat den anwesenden Mitgliedern diesen Abend sehr genussreich gestaltet. Musikalische Unterhaltungen, Rezitationen und einige anregende Vorträge wechselten in bunter Reihenfolge und ernteten reichen Beifall. Das allseitige Bedauern bei dem zeitigen Aufbruch, 11 Uhr, unserer Gäste bewies, wie gut sie die Anwesenden unterhalten hatten. — Unsere nächste Versammlung findet Dienstag, den 13. September, statt. — Nächster Rähabend Dienstag, den 27. September. **A. Gläser.**

**Dresden.** Am 28. Juli fand hier die Quartals-Generalsversammlung statt. Den Geschäfts- und Kassenbericht erstattete Kollegin David. Aus diesem war zu entnehmen, daß leider die Fluktuation im 1. Quartal eine unerfreulich große war. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des 1. Quartals 1116 weibliche und 40 männliche, insgesamt 1156 Mitglieder. Wegen Beitragsreste mußten gestrichen werden 419 Mitglieder. Bezogen 19. Verbleibt ein Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals 778 weibliche, 40 männliche, insgesamt 818 Mitglieder. Der Kassenbericht balanziert mit 8344,20 Mk. Kassenbestand am Schlusse des 2. Quartals 2380,65 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde der Geschäftsführerin einstimmig Entlastung erteilt. In der Diskussion stand die Fluktuation im Vordergrund. Ein groß Teil Schuld tragen die Arbeitselemente. Die Hausangestellte, stets als Spielball den Launen der „Herrschaften“ ausgesetzt, findet keinen Halt. Die Aufklärung vom Elternhause fehlt. In Zeiten der drückendsten Not finden sie auf einmal das Büro. Zur Hebung des Verfallensbegriffs wurde ein Antrag, die Versammlungen wieder auf den letzten Mittwoch und Donnerstag im Monat festzusetzen, einstimmig angenommen. Auch soll ein Fragelasten eingeführt werden. Eine besondere Verpflichtung haben die Hausangestellten darin zu erfüllen, daß sie ihrer Lohnklasse entsprechend auch der betr. Beitragsklasse angehören. Es sei darum nochmals in Erinnerung gebracht: Beitragsklasse 1 bis 30 Mk. pro Monat Beitrag: 2,50 Mk., Beitragsklasse 2, 30 bis 59 Mk., 3 Mk., 60 bis 89 Mk., 3,50 Mk., von 90 Mk. aufwärts 4 Mk.

**Stuttgart.** In unserer letzten Mitgliederversammlung referierte unsere Vorsitzende, Kollegin Coert, über: „Die Hausangestellten in der heutigen Zeit“. Rednerin ging auf die wirtschaftliche Lage der Hausangestellten ein und forderte zur Mitarbeit auf. Die Mitglieder müssen, um die Verhältnisse besser zu begreifen, die Augen offen halten, und müssen sich mehr um ihre Interessen kümmern, aber auch mehr Gemein Sinn bekunden und ihre Mitgliedschaft nicht von augenblicklichen persönlichen Vorteilen abhängig machen. Auch sollten sie sich für sozialpolitische Angelegenheiten interessieren, damit der spätere Chemann eine verständliche Mitkämpferin findet. — Unser Abendspaziergang am 13. August hätte besser besucht sein dürfen. Infolge schlechten Wetters haben sich die Teilnehmer in einem Café häuslich niedergelassen. **Anna Schultkeiß.**

## Versammlungskalender

Freundinnen und Bekannte sind herzlich zu allen Veranstaltungen eingeladen.

**Berlin.** Büro: Engelauer 19, part. Tel.: Moritzplatz 11571. Postfach: Erna Kube 33663.

**Mitgliederversammlung:** Donnerstag, den 8. September, abends 7½ Uhr, Schulaula, Winterfeldstr. 16.

**Bezirksabende:**

**Nikolassee.** Donnerstag, den 1. September, abends 8 Uhr, Lokal zur Schwemme, am Bahnhof Nikolassee.

**Zehlendorf.** Mittwoch, den 7. September, abends 8 Uhr, bei Midley, Zehlendorf-Mitte, Potsdamer Straße 25.  
**Wilmersdorf und Schöneberg.** Dienstag, den 20. September, abends 7½ Uhr, bei Piper, Wilmersdorf, Gasteiner Str. 6.  
**Charlottenburg.** Mittwoch, den 21. September, abends 7½ Uhr, bei Thumack, Wielandstr. 4.  
**Konjumfrauen.** Donnerstag, den 22. September, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
**Betriebsräte.** Dienstag, den 27. September, abends 8 Uhr, im Büro.

**Ausflüge:**

Sonntag, den 4. September, nach Zehlendorf. Treffpunkt: ab 3 Uhr bei Midley, Potsdamer Straße 25.

Sonntag, den 18. September, nach Pichelsberge. Treffpunkt: ab 3 Uhr beim „Alten Freund“.

**Blumenfest:** Sonnabend, den 10. September, im „Lindenpark“, Zehlendorf, Berliner Straße 8. Beginn: abends 8 Uhr. Alles geht nach Zehlendorf.

**Breslau.** 11. September: Gemüthliches Beisammensein — bei schönem Wetter Spaziergang. Treffpunkt im Gewerkschaftshaus nachmittags 4 Uhr im Garten.

14. September: Generalversammlung (alle Sektionen) im kleinen Saal des Gewerkschaftshaus abends 8 Uhr.

21. September: Mitgliederversammlung für Hausangestellte. Wegen sehr wichtiger Tagesordnung ist das Erscheinen der Mitglieder Pflicht.

25. September: Ausflug nach dem Scheitniger Park. Treffpunkt im Gewerkschaftshaus nachmittags 4 Uhr, Garten.

2. Oktober: Beginn der Geselligkeitsabende im Winterhalbjahr mit humoristischen Vorträgen. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

5. Oktober: Beginn der neuen Handarbeitskurse unter geprüfter Leitung.

Wir weisen noch darauf hin, daß die Ausflüge nicht nur für Hausangestellte, sondern auch für die Hausmeisterinnen usw. stattfinden.

**Chemnitz.** Versammlung am Dienstag, den 13. September. Näbend am 27. September.

**Dresden.** Sektion der Hausmeister(innen). Mittwoch, den 28. September, im Volkshaus Versammlung. 1. Vortrag. 2. Bericht vom Stande der Bewegung.

Sektion der Hausangestellten, Reinemache-, Scheuer- und Aufwärtswfrauen. Donnerstag, den 29. September, im Volkshaus Versammlung mit Vortrag.

Donnerstag, den 10. November 1921: 12. Stiftungsfest im Kristall-Palast, Schäferstraße 45.

**Hamburg.** Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr im oberen großen Saale des Gewerkschaftshauses Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Rezitation des Herrn Brauer. Verbandsangelegenheiten. Jeden Donnerstag im Büro Handarbeitsabend.

**Hannover.** Sonntag, den 18. September, Ausflug Tiergarten. Treffpunkt Henriettentrist nachmittags 3 Uhr. Radzügler Straßenbahn Nr. 5 bis Tiergarten.

Mittwoch, den 21. September, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag der Kollegin Evers über Freuden und Leiden der Hausangestellten. Versammlung im Büro.

Außerdem jeden Mittwoch von 7½ bis 10 Uhr Handarbeitsabend.

**Mün.** Mittwoch, den 7. September, abends 7½ Uhr im Klubsaal des Kolonialhauses, Kadener Straße: Mitgliederabend. Im Anschluß an einen Vortrag und Regelung von Verbandsangelegenheiten findet geselliges Beisammensein mit Rezitationen statt. — Da derartige Mitgliederabende jetzt regelmäßig jeden ersten Mittwoch im Monat stattfinden sollen, bitten wir die Kolleginnen, sich diesen Abend freizuhalten. Befreundete Kolleginnen können mitgebracht werden.

**Leipzig.** Sonntag, den 11. September 1921, nachmittags 4 Uhr Treffen zum Spaziergang durch das Rosental nach Burgau, Leutzsch. Abmarsch ¼5 Uhr.

Mittwoch, den 21. September, abends ¼8 Uhr Treffen im Volkshausgarten, bei ungünstiger Witterung im Café zur Unterhaltungsmusik.

Das Büro ist nur noch Dienstags, Donnerstags und Freitags von 5 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Beitragsmarken können außer dieser Zeit im Zimmer 100 bei Frä. Krauß entnommen werden.

**Nürnberg-Fürth.** Jeden Mittwoch, abends ¼8 Uhr, Zusammenkunft und Näbabend im Büro, Historischer Hof, Eingang Ludwigsstraße 20 I. Hier wird auch täglich von 3 bis 5 Uhr Auskunft erteilt. Samstag nachmittag ist stets geschlossen. Mittwoch, den 7. Sept., Vortrag von Herrn Kellermann über „Steuererklärung“. Mittwoch, den 5. Oktober, Mitgliederversammlung, Abrechnung vom 3. Quartal.

Sonntag, den 18. September: Herbstvergnügen im Saale Goldene Rose, Webersplatz.

**Stuttgart.** Samstag, den 10. September, Abendspaziergang nach dem Waldhaus (Halenberg). Abgang um 8 Uhr am Feuersee.

Mittwoch, den 21. September, im Gewerkschaftshaus statt Versammlung „Gemüthlicher Abend“ mit Humoristen, Deklamationen usw.

**Wegesack.** Mitgliederversammlung jeden dritten Donnerstag im Monat im Lokal des Herrn Dumeyer. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.